

# Dresdner Nachrichten

## Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Mitredacteur: Theodor Drobisch.

Verlag und Eigenthum des Herausgeber: Kreyßig & Reichardt. — Verantwortlicher Redacteur: Julius Reichardt.

**Preis:**  
 Ein Jahrgang 7 Rthl.  
**Inserate**  
 werden angenommen  
 bis Ende 6. Monats  
 des Monats  
 12 Rthl.  
 Expeditionstraße 12.  
 In der Druckerei  
 hat jeder in 1866  
 Exemplare erhalten,  
 haben eine erfolgreiche  
 Verbreitung.

**Abonnement:**  
 Vierteljährlich 2 Rthl.  
 bei unregelmäßiger Bezahlung in's Quart.  
 Durch die Post, die Vierteljährlich 2 Rthl.  
 Einzelne Nummern 1 Rgr.  
**Inseratenpreise:**  
 für den Raum eines gespaltenen Zeilens 1 Rgr. Unter „Wochenblatt“ die halbe 2 Rgr.

Dresden, den 16. April.

Se. Majestät der König hat am 14. April den von Weimar hier eingetroffenen königl. sächsischen Gesandten daselbst, von Carlomag, in besonderer Audienz empfangen.

Am vergangenen Sonnabend Vormittag hat S. M. der König theils zu Wagen, theils zu Pferd in Begleitung des Generaladjutanten, Generalmajor von Wilsleben einen Ausflug nach Pillnitz unternommen.

Durch königl. Rescript vom 16. April 1866 wurden heute vor 50 Jahren die früher zu Dresden getrennt bestanden Anstalten der Ingenieur- und Artillerieschule unter dem Namen Militäracademie zu einem Institut vereinigt. Die Zahl der Zöglinge derselben wurde auf 44 festgesetzt und die Anstalt selbst mit 6 Lehrern der geheimen Kriegscausale untergeordnet.

In Bezug auf das in der gestrigen Nr. d. Bl. enthaltene Inserat: „die indirecte Abgabe als Benachtheiligung der Volkswirtschaft und des Gewerbes“ geht uns die Mittheilung zu: daß der Stadtrath längst schon beschloffen hat, die erhobene Meliade bei Ausführung von Brod und andern Backwaaren, eben so, wie von Kucheln, aus hiesiger Stadt den Ausführenden zurückzugeben, worüber auf Verlangen der Rgl. Regierungsbehörde ein besonderer Regulativ-Nachtrag gefertigt worden ist, welcher gegenwärtig dem Stadtverordneten-Collegium vorliegt und nach dessen Erklärung der Rgl. Regierungsbehörde zur Bestätigung eingesendet werden soll.

Nächste Mittwoch wird die für die Liederhalle im Linderischen Bade eigens vorgeordnete Localität zum ersten Male benutzt und werden dadurch die Vorstellungen bedeutend an Interesse gewinnen, da der bis jetzt benutzte große Saal die meisten der vorgetragenen Piecen nicht recht zur Geltung kommen ließ. Das neue Local ist zu diesem Zwecke zweckmäßig und elegant eingerichtet. Zu den älteren, oft schon rühmend erwähnten Mitgliedern sind in den Damen Fräulein Steinbeck und Dehne zwei jugendliche, sehr verwendbare Kräfte gekommen.

Aus Lorgau wird uns berichtet: Am 11. d. ist die dritte, der beim Brande der Kleeberg'schen Säbenschmuckfabrik, arg verletzten Frauen, ihren schrecklichen Leiden erlegen, so daß nunmehr 10 Opfer dieses Unglücks gefordert hat. — Vergangenen Sonntag Abends ließ Ihr verehrter Landmann, der rühmlichst bekannte Posaunenvirtuos, Herr Stadtmusiker Böhmke, in der hiesigen erleuchteten Stadtkirche sich hören und wurde dabei von dem hiesigen Cantor und Organist brav unterstützt. Wir können es nur dank wissen, daß Ihr Herr Landmann uns diese Freude verschafft und einen genußreichen Abend bereitet hat.

Die vorgestrigte Notiz über die sächsischen Arbeitervereine bedarf zum näheren Verständnis folgender Ergänzung. Am 26. März fand hier selbst im Saale des Schneider-Innungshauses unter dem Vorsitz von J. Wolff eine Verathung von 20 Mitgliedern aus den bedeutendsten Arbeitervereinen Sachsens, (sowohl Arbeiter-Bildungsvereine, als Laffalleaner, Bergarbeiter, Buchdrucker und Unterstützungs-Kassenvereine, Stadt und ländliche) aus den Verathungen die Constatuirung eines Comitees, welches das vorgestern erwähnte Programm in den verschiedenen Vereinen zur Durchführung bringen soll. Diefem Comitee gehören die vorhin erwähnten 20 Mitglieder sämmtlich an und haben dieselben zu ihrem Vorsitzenden Herrn Kupferschmied Försterling gewählt. Demnach ist durch die Constatuirung des Comitees hier in Sachsen unter den Arbeitervereinen der verschiedensten Richtungen der erste Schritt zu einer Vereinigung geschehen und die Mitglieder des Comitees, meist hervorragende Führer der Vereine in Leipzig, Chemnitz, Glauchau, Brand und Dresden, tragen die Gewähr eines günstigen Erfolgs.

Zu der gestern in den Linderischen Wadisaal einberufenen Volksversammlung hatten sich gegen 1000 Personen eingefunden. Professor Wigard eröffnete die Versammlung und gab, da es nicht für nothwendig hielt eine Präsidentschaft zu veranlassen, sofort Herrn Dr. Schaffrath das Wort. Das Vaterland sei in Gefahr, begann dieser, aber nicht durch äußeren Feind, sondern durch einen Bürgerkrieg. Wir hätten am liebsten weder mit Preußen oder Oesterreich etwas zu thun (Bravo!), aber neutral bleiben könnten wir nicht. Wenn zwei Nachbarhäuser brennten, müßte der, dessen Haus in der Mitte stehe, löschen. Das unglückliche Schleswig-Holstein dürfe nicht preussisch gemacht werden, das dürfe man nicht um Gottes und Rechts willen dulden. Redner schlug die Resolution vor: „Es ist Pflicht des gesammten deutschen Volkes, mit vereinter Kraft sowohl die Freiheit als das Selbstbestimmungsrecht Schleswig-Holsteins zur Geltung zu bringen und einem Kriege zwischen den Häusern Hohenzollern und Habsburg entgegenzuwirken.“ (Bravo.) Hierauf nahm Advocat Gruner das Wort, um noch einen geschichtlichen Rückblick zu erklären, die vom 1. deutschen Parlamente beschlossene Versammlung bestände noch zu Recht. Man solle beschließen: „Wir fordern zur Ein- und Durchführung der von der constituirten Nationalversammlung am 28. März 1849 beschlossenen Reichs-

verfassung, sowie zur vorherigen Vornahme der nothwendig erscheinenden Abänderungen derselben, die Einberufung des Parlamentes nach Maßgabe der Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April 1848.“ Es sei die Wahl zwischen einem Einheitsstaat und einem Föderationsstaat, dessen Schwerpunkt im Parlamente läge! Ersterer wolle Bismarck, der alle Staaten schluden, die Freiheit unterdrücken wolle, unter dem Aushängeschild der Demokratie (Bravo). Trotz des Sündenregisters Bismarcks sei in Sachsen auch nicht Alles in Ordnung, so hätten wir noch keine Geschworenen, keine Volks-, sondern eine Ständevertretung (Beifall). Bismarck wolle erst die Fürsten durch das Volk stürzen, mit dem Volke dächte er schon fertig zu werden. Zu diesem Gaukelspiel wollen wir uns nicht hergeben. Das Bismarck'sche Parlament sei selbst nicht als Abschlagszahlung anzunehmen, dasselbe hätte ja keine entscheidende Stimme. Wir müßten gegen Preußen das tiefste Mißtrauen hegen. Schließlich schlug Redner unter großem Applause folgende Resolution vor: „Wir halten den von der preussischen Regierung in der Bundestagsitzung vom 9. April 1866 gestellten Antrag auf Einberufung eines Parlamentes für unannehmbar.“ Als Herr Advocat Krause für Preußen eine lange Rede hielt und Oesterreich als den Störenfried darstellte, Preußen rüste nicht, unterbrach ihn Störung, sogar Pfeifen, bis mit Mühe die Ruhe hergestellt war. Er hat unter Gelächter die Resolutionen abzulehnen, er fragte, wo Preußen nicht ehrenvoll bestanden habe (eine Stimme: Bei Jena!) Auf's Schärfste wendete sich gegen ihn Dr. Pappermann unter stürmischem Applaus. Wir müßten die Regierungen in den deutschen Staaten unterstützen gegen Preußen; es wäre keine Kunst gewesen, mit so zahlreichen Truppen wie Preußen, die Paar Dänen zu schlagen. Der Standpunkt des Herrn Krause, der Preußen erst seit Friedrich II. kenne, während doch Deutschland seit 2 Jahrtausenden bestes, sei sehr beschränkt. Unter mancherlei, von Beifall überschütteten Caricaturen, schloß er seine Rede. Prof. Dr. Wuttke aus Leipzig: Die Fürsten hätten seit 49 Reaction getrieben, jetzt stünden sie vor dem Abgrunde. Daran sei der Mangel eines Parlamentes schuld, dieses herbeizuführen, sei unsre Aufgabe. Oesterreich wurde in Deutschland, die Reichsverfassung werde nie die Verfassung Deutschlands werden, trotz einzelner Vortrefflichkeiten, viele Abgeordnete in Frankfurt haben gegen sie protestirt. Die alten Parlamenten zurückzuführen sollten sich versammeln, bis ein neues Parlament zusammengetreten sei, man sollte fest zusammenstehen (vielfaches Bravo). Adv. Hendl wendete sich gegen die 3. Resolution, Dr. Schaffrath gegen Dr. Wuttke, endlich schlug er vor über den Antrag Bismarck's und hoffentlich auch über Bismarck selbst zur Tagesordnung überzugehen. Den Antrag heute noch todzuschlagen, sei grausam, der würde bald von selbst sterben, man müsse ihn seinem Schicksale überlassen. Nachdem Adv. Gruner seinen Antrag wegen des Bismarck'schen Parlamentes zurückgezogen, lehrt sich ein Handwerker gegen die vielen Professoren und Advocaten, die im Parlamente gesessen und vor lauter schönen Worten keine Thaten vollbracht. Uebergang zur Tagesordnung sei das ewige Gebahren der Gelehrten, der Bismarck'sche Antrag sei anzunehmen (Bravo). Adv. Schrapf stellt den Antrag, die alten Parlamenten zurückzuführen zu bitten, zu einem Parlamente zusammenzutreten. Herr Wehl sprach den Wunsch aus, es möge die sächsische Regierung freisinnig wie jeither sich über den Antrag äußern. Ein Landbewohner wünscht eine Adresse an den König von Preußen und seinen sauberen Minister. Zum Schluß nahm man die erste und zweite Resolution gegen zwei Stimmen an, während man über die 3. gegen 10 Stimmen zur Tagesordnung überging. Den Antrag des Dr. Wehl, daß die sächsische Regierung sich so äußern wolle, wie es die Würde Deutschlands und Sachsens fordere, lehnte man ab (was soll das heißen?) Der Schrapf'sche Antrag fand zum Schluß gegen 2 Stimmen Annahme. Gegen 2 Uhr hatten sich die Zuhörer mindestens um 1/4 gelichtet.

### Allgemeine Betrachtung.

Die Mittelstaaten haben entschieden's Mißgeschick; in dem Augenblicke, wo sie sich endlich zu gemeinsamer That zu ermannen im Begriffe stehen, raubt ihnen der Reich Preußens die Gelegenheit zu männlichen deutschen Eingriffen. So war es vor drei Jahren, als der Bund im besten Zuge war gegen Dänemark die Vollgewalt seines Einflusses zu lehren und wo er von den beiden Großmächten auf die Seite geschoben wurde, damit diese den dänischen Krieg als europäische Großmächte führen konnten; so ist es jetzt, wo die Mittelstaaten nahe daran waren ihren factischen Einfluß in Deutschland als Beschränker von Friede und Ordnung geltend zu machen, wo Bismarck durch seinen Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlamentes zwar nur auf einige Zeit, aber doch eine thatkräftige Action jener Staaten vereitelt, die zur Unterstützung ihres Willens 150—200000 Mann auf die Beine bringen können. Diese Zahlmengen des nicht-preussischen Deutschlands, von jeder

die höchste Staatsweisheit für Preußen, ist der eigentliche Sinn und Gedanke jenes Antrags. Ein olympisches Göttergelauche aus allen Gauen Deutschlands war die erste Antwort auf jene Berliner Antrag. Man traute seinen Augen kaum, als man las: Bismarck, der seine eigenen Landleute im preussischen Abgeordnetenhause nach der Möglichkeit maltrairt, beruft ein Parlament auf breiterer demokratischer Grundlage! Er, der bester Uebermuth auch die beschiedenen, so schamhaft vorgebrachten Bitten der preussischen Abgeordneten freche Annahmungen nennt, erklärt, seinen Nacken unter den Auspruch eines allen deutschen Stämmen zusammengesetzten Parlamentes beugen zu wollen! Die Abgeordneten für Berlin beschwören ihn umsonst, wenn aber in Frankfurt so ein Raubstaatler, ein Neuch aus dem Unterhanenverband der Caroline, ein Baduyer aus Liechtenstein, einer aus Lippe, ein verhaßter Sachse oder gar ein Ruchse von der Rednertribüne donnert, da lauscht der mächtige Premier Preußens mit gebeugten Armen und ordnet dem gemäß dem Botum dieser Herren unter. Ha, ha, hal Weh! lacht da? Ich glaube Bismarck war's selbst! Ganz Deutschland fragte, ob auch über dieses Parlament ein gewisses Obergewicht seine väterlichen Hände schützend breiten soll? Ob auch ihm sans raison die von ihm gefassten Beschlüsse, wenn sie in Berlin nicht genehm sind, als verfassungsmäßige Eingriffe in die Königthum von Gottes Gnaden mit dem nächsten Postzug zurückgeschickt werden sollen? Namentlich die Preußen sind ganz verdußt über den wüthen Sprung ihres genialen Ministers, erstaunen: Was will Saul unter den Propheten?

Dieses ganze Parlamentsproject beweist nur zweierlei 1) daß die Verlegenheit in Berlin durch das Auftreten des sammtdeutschen aufs Höchste gestiegen war. Der Dampf hatte eine solche Spannung erreicht, daß schleunigst das Ventil geöffnet werden mußte, sonst platzte der Kessel. Entweder mußte Bismarck sein Land durch einen Bürgerkrieg an den Rand des Verderbens führen, oder sich vor der vereinten Macht Oesterreichs und des Bundes beugen. Letzteres widerstrebt aber dem preussischen Stolz, wie wohl auch Oesterreich darin nichts Unehrenhaftes erblickte, sich dem Schiedspruch seiner deutschen Brüder zu fügen, ersteres hätte die Dynastie der Hohenzollern stürzen können. Deshalb geschah das Unglaubliche, die Reaction wirft sich der Demokratie in die Arme. So wird viel, leicht die Alliance der deutschen Stämme gesprengt und Preußen kommt mit einem blauen Auge davon. Mögen die deutschen Cabinete, möge insbesondere das deutsche Volk daraus erkennen, daß ihm nichts zu schmer ist, wenn es einig ist, wenn es nur will. Bei uns ist es leider immer so; unser Fleis ist stark genug, aber unser Wille ist oft schwach.

Das Parlamentsproject beweist aber noch ein zweites, daß die Militärpartei in Berlin das deutsche Volk für erstaunlich dumm halten muß, daß es auf diesen Popf beißen soll. Soweit aber bisher die unabhängige Volksstimme selbst in Preußen sich äußern konnte, soweit die freie Presse nicht anbetend vor dem thönernen Götzengilde auf den Knien liegt, sagte man sich: Aus unreinen Händen kann nichts reines kommen. Wie kann man Trauben lesen von den Disteln? Auch wir erstreben ein deutsches Parlament, unser ganzes politisches Trachten ist auf eine Vertretung sammtdeutscher in einem Parlamente gerichtet, aber das Kind, was Bismarck aus der Taufe heben will, ist nicht Fleisch von unfrem Fleisch, das ist der Wechselbalg eines deutschen Parlamentes. Ja! Wenn dieses das Recht der Initiative hätte, d. h. wenn es befügt wäre, selbst eine deutsche Reichsverfassung zu schaffen. Was soll aber das jetzige? Nichts weiter als Deutschland in zwei Theile zu theilen, statt es zu einen, die militärische Macht des Nordens in die Hand Preußens zu legen. Hat es das gethan, so kann der Noth gehen. Unse Soldaten unter dem preussischen Corporalstock bringen, den strammen militärisch-bürokratischen Geist auf unsre bürgerliche Verwaltung zu pflanzen, unsre diplomatische Vertretung zu Gunsten der Hausintereffen der Hohenzollern zu cassiren, über den Neubau unsrer Eisenbahnen gehorsamst in Berlin anzufragen, wegen etwaiger militärischer Rücksichten — das und weiter nichts sollen die Abgeordneten in Frankfurt bewilligen und dann heißt es: Pascholl die Preußen kämpfen seit Jahren darum, daß nicht das Ministerium über Gut und Blut des Volkes eigenmächtig verfüge, und wir Nicht-Preußen sollen Alles dies ihm anbieten? Unse Nachbarn haben wenigstens die Aussicht, daß ihre Landeskinder zu preussischen Zwecken verwendet werden, wer bürgt uns aber dafür, daß man unsre sächsischen Truppen zu Zwecken gegen uns benutz? Köstlicher Humors, der Bismarck! Die zwei Herzogthümer an der Elbe kann er nicht annectiren, das thut ihn nicht im geringsten; er meint: na, da annectire ich außerdem noch 2 Königreiche und ein halb Duzend Herzogthümer!

Es liegt aber in diesem ungeheuerlichen Plane doch Methobel Das Ding ist gar nicht so übel erdacht. Bismarck kallulirt so: Ich sage dem deutschen Volke, daß ich ihm zu